

## GROSSER RAT

Sitzung vom 20. Oktober 2015, Art. Nr. 2015-1086, romm/eb

### PROTOKOLL

**(GR.15.59-1) Sozialplanung des Kantons Aargau; Ziele 1–10; Strategien A1–G3; Beschlussfassung; Abschreibung (10.149) Auftrag Nicole Meier und (11.113) Motion Gertrud Häseli**

---

Der Rat behandelt die regierungsrätliche Vorlage vom 25. März 2015 samt den abweichenden Anträgen der Kommission für Gesundheit und Sozialwesen (GSW) vom 28. August 2015 und der Kommission für Volkswirtschaft und Abgaben (VWA) vom 20. April 2015. Der Regierungsrat stimmt diesen Änderungsanträgen teilweise zu. Die Kommission GSW beantragt Eintreten und Beschlussfassung gemäss ihren Anträgen. Es referiert deren Präsident, Hans Dössegger, Seon.

#### Eintreten

Clemens Hochreuter, Aarau, beantragt namens der SVP-Fraktion, nicht auf die Vorlage einzutreten.

Für die übrigen Fraktionen referieren: EVP, Lilian Studer, Wettingen; CVP, Andre Rotzetter, Buchs; Grüne, Eva Eliassen Vecko, Turgi; GLP, Renata Siegrist-Bachmann, Zofingen; BDP, Stefan Haller, Dottikon; SP, Dr. Jürg Knuchel, Aarau; FDP, Dr. Martina Sigg, Schinznach.

Für den Regierungsrat nimmt Frau Landstatthalter Susanne Hochuli Stellung.

#### Abstimmung

Eintreten wird mit 77 gegen 46 Stimmen beschlossen.

#### Detailberatung

### **Sozialplanung des Kantons Aargau: Bericht**

#### **Synopse zum Bericht**

##### Zusammenfassung (Seite 4)

Antrag GSW: "Die Sozialplanung des Kantons Aargau orientiert sich *an der übergeordneten Zielsetzung und* am Handlungsansatz, dass alle Menschen ihr Leben möglichst selbstbestimmt und eigenverantwortlich gestalten und am gesellschaftlichen Austausch teilhaben."

#### Zustimmung

##### 3. Die Sozialplanung im Überblick

Antrag GSW (anstelle Fassung des Regierungsrats):

##### "3.1 Übergeordnete Zielsetzung und Handlungsansatz

*Für die Sozialpolitik des Kantons Aargau sind die folgende übergeordnete Zielsetzung und der Handlungsansatz grundlegend:*

*Die Sozialpolitik des Kantons Aargau fördert und fordert die Menschen, garantiert ihre Rechte und fordert die Einhaltung ihrer Pflichten ein. Die Sozialpolitik führt dazu, dass*

- *die Menschen ihr Leben selbstbestimmt und eigenverantwortlich führen,*

- *die Menschen sich im Erwerbsalter in den Arbeitsprozess integrieren und dadurch ihre wirtschaftliche Eigenständigkeit und Eigenverantwortung wahrnehmen,*
- *die Menschen sich in die Gesellschaft integrieren und sie mitgestalten.*

#### *Die Sozialpolitik des Kantons Aargau*

- *stellt die Potenziale des Individuums ins Zentrum und nicht seine Defizite,*
- *ist wirksam und wirtschaftlich,*
- *sorgt dafür, dass möglichst wenig Menschen auf Unterstützung angewiesen sind und senkt dadurch das Wachstum der Ausgaben,*
- *stellt sicher, dass die zielführende Lösung kostengünstig umgesetzt wird,*
- *stimmt die einzelnen sozialen Sicherungssysteme aufeinander ab, eliminiert Schwelleneffekte und Fehlanreize, so dass sich die bezahlte Arbeit lohnt,*
- *bekämpft den Missbrauch in den sozialen Sicherungssystemen,*
- *wird durch den Kanton, die Gemeinden und Private im Rahmen ihrer Zuständigkeiten umgesetzt."*

Der Regierungsrat stimmt zu.

#### Antrag Lilian Studer, Wettingen

(zum 3. Punkt: 'Die Sozialpolitik des Kantons Aargau...')

"unterstützt den Zusammenhalt in Familie, sozialem Nahraum und Zivilgesellschaft."

In der Abstimmung wird der Antrag Studer mit 61 gegen 57 Stimmen abgelehnt.

#### Antrag Florian Vock, Baden

(zu 3.1 Handlungsansatz)

"Beibehaltung des regierungsrätlichen Entwurfs vom 25. März 2015."

In der Abstimmung wird der Antrag Vock mit 100 gegen 17 Stimmen abgelehnt.

Damit hat die Fassung der GSW obsiegt.

### 3.2 Struktur der Sozialplanung

Antrag GSW: "Die Sozialplanung besteht aus fünf Elementen, *welche die übergeordnete Zielsetzung und den Handlungsansatz konkretisieren*: (1) den Zielen, (2) den Stossrichtungen, (3) den Strategien, (4) den bestehenden Massnahmen und (5) den zukünftigen Handlungsmöglichkeiten. Abbildung 2 (siehe Seite 18) veranschaulicht diese Systematik.

#### Ziele

Während *die übergeordnete Zielsetzung und der Handlungsansatz die generellen Zielsetzungen* der Sozialpolitik des Kantons Aargau *benennen*, geben die Ziele konkrete Soll-Zustände vor, welche die Sozialpolitik erreichen will. Die Ziele machen absichtlich keine Aussagen darüber, welchen Beitrag die unterschiedlichen Akteure (Kanton, Gemeinden, Wirtschaft, Landeskirchen, private gemeinnützige Organisationen) zur Zielerreichung leisten. Vielmehr sollen sie eine Ausgangsbasis schaffen, damit sich alle Beteiligten über ihr sozialpolitisches Handeln verständigen können."

Zustimmung

Abbildung 2 Struktur der Sozialplanung

Titel (es wird ein ergänzter Titel eingefügt)

Übergeordnete Zielsetzung und Handlungsansatz

Zustimmung

Ziffer 3.2

Antrag GSW: "Vielmehr geht es darum, eine kohärente Sozialpolitik zu formulieren, die dank der ausdrücklichen *Benennung der übergeordneten Zielsetzung und des Handlungsansatzes* sowie Zielen über ein stabiles Fundament verfügt, die soziale Relevanz von Massnahmen in unterschiedlichen Politikbereichen aufzeigt und zu einem stimmigen Ganzen koordiniert."

Zustimmung

11.4. Kostenschätzung der Sozialplanung

Minderheitsantrag VWA/GSW: "Die vorliegende Grobschätzung der einmaligen Kosten für die Phase Projekt/Konzept beläuft sich für den Kanton auf im Total auf rund 3 Millionen Franken. Alle Massnahmen können mit den bestehenden *finanziellen und personellen* Ressourcen konzipiert werden oder verfügen bereits über einen entsprechenden Verpflichtungskredit." (Rest streichen)

Der Regierungsrat hält an seiner Fassung fest.

Abstimmung

Für Fassung Regierungsrat 62 Stimmen

Für Fassung Minderheitsantrag VWA/GSW 54 Stimmen

Die Fassung Regierungsrat hat somit obsiegt.

## **Sozialplanung des Kantons Aargau (Stossrichtungen und Strategien)**

### **Synopse Stossrichtungen und Strategien**

Stossrichtung A: Fokus auf Arbeitsmarktintegration legen

Ziel 1: Erwerbsintegration zur Sicherung des Lebensunterhalts

Minderheitsantrag VWA: "Im Aargau vermögen *alle* Haushalte, deren erwachsene Mitglieder sich im Erwerbsalter befinden, den Lebensunterhalt durch Erwerbseinkommen zu decken."

Der Regierungsrat hält im Einvernehmen mit der GSW an seiner Fassung fest.

Abstimmung

Für Fassung Regierungsrat/GSW 71 Stimmen

Für Fassung Minderheitsantrag VWA 45 Stimmen

Die Fassung von Regierungsrat und GSW hat somit obsiegt.

Strategie A1: Attraktiver Wirtschaftsstandort mit guten Arbeitsbedingungen

Antrag VWA: "*Der Kanton Aargau bietet ein günstiges Steuerklima für das ganze Gewerbe.* Es werden Voraussetzungen geschaffen, damit der Aargau für Unternehmen attraktiv ist, die in zukunfts-trächtigen Branchen tätig sind und gute Arbeitsbedingungen bieten. Zusammen mit den Sozialpartnern setzt sich der Kanton dafür ein, dass Arbeitsplätze im Aargau ein ausreichendes Erwerbseinkommen gewährleisten, gesundheitsfreundlich und familienverträglich sind."

Antrag GSW: "Es werden Voraussetzungen geschaffen, damit der Aargau *auch* für Unternehmen *und das Gewerbe* attraktiv ist, die in zukunfts-trächtigen Branchen tätig sind. Zusammen mit den Sozialpartnern setzt sich der Kanton *für gute Arbeitsbedingungen ein.*" (Rest streichen)

Der Regierungsrat hält an seiner Fassung fest: "Es werden Voraussetzungen geschaffen, damit der Aargau für Unternehmen attraktiv ist, die in zukunfts-trächtigen Branchen tätig sind und gute Arbeitsbedingungen bieten. Zusammen mit den Sozialpartnern setzt sich der Kanton dafür ein, dass Arbeitsplätze im Aargau ein ausreichendes Erwerbseinkommen gewährleisten, gesundheitsfreundlich und familienverträglich sind."

Antrag Clemens Hochreuter, Aarau

"Streichung eines Teils der Strategie A1 bei der Version der GSW:

- Zeile 2 (in der Synopse): 'auch'
- Zeilen 3-4 (in der Synopse): 'die in zukunfts-trächtigen Branchen tätig sind' "

Lilian Studer, Wettingen, beantragt, in der Fassung des Regierungsrats die Worte "in zukunfts-trächtigen Branchen tätig sind" zu streichen (sowie "bieten" ersetzen durch "bietet").

Dr. Jürg Knuchel, Aarau, beantragt zu Strategie A1 folgende Fassung: "Es werden Voraussetzungen geschaffen, damit der Aargau *auch* für Unternehmen *und das Gewerbe* attraktiv ist, die in zukunfts-trächtigen Branchen tätig sind und gute Arbeitsbedingungen bieten. Zusammen mit den Sozialpartnern setzt sich der Kanton dafür ein, dass Arbeitsplätze im Aargau ein existenzsicherndes Erwerbseinkommen gewährleisten."

Im Verlaufe der Diskussion zieht Jürg Knuchel seinen Antrag zurück.

Abstimmungen Strategie A1:

Unterbereinigung der Fassung Kommission GSW auf Antrag von Clemens Hochreuter, Aarau: Das Wort "auch" sei zu streichen.

Der Antrag wird in der Abstimmung mit 65 gegen 52 Stimmen gutgeheissen.

Unterbereinigung der Fassung Kommission GSW auf Antrag von Clemens Hochreuter, Aarau: Satzteil streichen: "... die in zukunfts-trächtigen Branchen tätig sind ..."

Der Teilstreichungsantrag wird in der Abstimmung mit 63 gegen 55 Stimmen abgelehnt.

Eventualabstimmung:

Antrag GSW (bereinigt)	100 Stimmen
Antrag VWA	21 Stimmen

Der Antrag GSW (bereinigt) hat damit in eventueller Abstimmung obsiegt.

Unterbereinigung der Fassung Regierungsrat auf Antrag von Lilian Studer, Wettingen. Teilstreichung: "... die in zukunfts-trächtigen Branchen tätig sind ..." (sowie "bieten" ersetzen durch "bietet")

Fassung Regierungsrat	56 Stimmen
Antrag Studer	65 Stimmen

Es liegen nun zwei bereinigte Fassungen für die Hauptabstimmung vor:

Die Fassung des Regierungsrats (bereinigt): "Es werden Voraussetzungen geschaffen, damit der Aargau für Unternehmen attraktiv ist und gute Arbeitsbedingungen bietet. Zusammen mit den

Sozialpartnern setzt sich der Kanton dafür ein, dass Arbeitsplätze im Aargau ein ausreichendes Erwerbseinkommen gewährleisten, gesundheitsfreundlich und familienverträglich sind."

Fassung GSW (bereinigt): "Es werden Voraussetzungen geschaffen, damit der Aargau für Unternehmen und das Gewerbe attraktiv ist, die in zukunftssträchtigen Branchen tätig sind. Zusammen mit den Sozialpartnern setzt sich der Kanton für gute Arbeitsbedingungen ein."

Fassung Regierungsrat (bereinigt) 36 Stimmen  
Fassung GSW (bereinigt) 88 Stimmen

Somit hat die Fassung GSW (bereinigt) in der Hauptabstimmung obsiegt.

#### Strategie A2: Erwerbsintegration fördern

Antrag GSW mit Zustimmung Regierungsrat: "Ein bedarfsgerechtes und zielgerichtetes Angebot an Beratungs- und Unterstützungsmassnahmen trägt dazu bei, dass Erwerbslose den Anschluss an den Arbeitsmarkt wieder finden, ihre Arbeitsmarktfähigkeit erhalten oder verbessern und nicht in Abwärtsspiralen geraten, die grosse Folgekosten auslösen. Das Angebot ist auf die spezifischen Problemlagen der Erwerbslosen ausgerichtet (zum Beispiel: Gesundheit, Sprache, Bildung) und bietet ihnen wenn nötig Arbeits- und Entwicklungsmöglichkeiten von längerer Dauer."

Zustimmung

#### Stossrichtung B: Kinder und Familien stärken

Ziel 2: Faire Chancen für Familien

Ziel 3: Gute Entwicklungschancen für Kinder

Zustimmung

#### Strategie B1: Vereinbarkeit von Beruf und Familie und Schutz vor familienbedingter Armut

Antrag Clemens Hochreuter, Aarau

"Streichung/Neuformulierung der Strategie B1:

- Zeile 1 (1. Satz gemäss Synopse): Streichung 'Flächendeckende und'
- Zeile 3 (1. Satz gemäss Synopse): Ergänzung 'Arbeitsbedingungen auf privatwirtschaftlicher Basis fördern'
- Zeile 8 (3. Satz gemäss Synopse): Streichung ab 'Kinder zu haben ... belasten'

Maja Riniker, Suhr, beantragt folgende Teilstreichung: Streichen der Worte "Flächendeckende und"

#### Abstimmungen

Gegenüberstellung Strategie B1 / Änderungsanträge Hochreuter und Riniker zum 1. Satz

Antrag Riniker 81 Stimmen  
Antrag Hochreuter 41 Stimmen

Strategie B1 / Streichung Schlusssatz gemäss Antrag Hochreuter

Der Streichungsantrag Hochreuter wird in der Abstimmung mit 77 gegen 45 Stimmen abgelehnt. Es gilt die Fassung des Regierungsrats.

Strategie B1; Hauptabstimmung

Fassung Regierungsrat: 55 Stimmen  
Fassung gemäss Antrag Riniker: 68 Stimmen

Die Fassung Riniker hat somit obsiegt.

Strategie B2: Gute Entwicklungsmöglichkeiten für die Kinder

Zustimmung

Strategie B3: Aktive Zusammenarbeit und gute Information

Antrag GSW mit Zustimmung Regierungsrat: "Der Kanton stärkt die aktive Zusammenarbeit in der Familienpolitik und koordiniert die Familienpolitik als Querschnittsaufgabe. *Eine gute Wissensgrundlage zur Situation der Familien im Aargau schafft Voraussetzungen für eine partizipative Entwicklung der künftigen Aargauer Familienpolitik.*"

Zustimmung

Stossrichtung C: Mit Bildung Perspektiven schaffen

Ziel 4: Angemessene Aus- und Weiterbildung

Antrag GSW mit Zustimmung Regierungsrat: "Im Aargau haben die Menschen eine gute Ausbildung und bilden sich regelmässig weiter. Sie erhöhen damit ihre Chancen, ihre berufliche Laufbahn aktiv zu gestalten. Sie schöpfen ihr Bildungspotenzial mit der bestmöglichen Wirkung für sich selbst sowie für Gesellschaft und Wirtschaft aus."

Zustimmung

Strategie C1: Berufsausbildung als Existenzbasis

Antrag GSW mit Zustimmung Regierungsrat: Die zentrale Bedeutung der dualen Berufsbildung *wird gesichert und bewahrt*. Jugendliche, welche Mühe beim Einstieg in die berufliche Ausbildung und bei deren Bewältigung haben, werden mit bedarfsgerechten Massnahmen unterstützt. *Mindestens 95 Prozent aller Jugendlichen bis 25 Jahre sollen einen qualifizierten Abschluss auf der Sekundarstufe II erlangen.*"

Zustimmung

Strategie C2: Ausbildungschancen für gering qualifizierte Erwachsene

Strategie C3: Bildungszugang für Einkommensschwache

Zustimmung

Stossrichtung D: Menschen im Alter

Ziel 5: Eigenständigkeit und Unterstützung im Alter

Strategie D1: Eigenständigkeit von älteren Menschen fördern und ihre Potenziale wahrnehmen

Strategie D2: Zukünftige Alterspflege sichern

Zustimmung

Stossrichtung E: Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Teilhabe

Ziel 6: Starker gesellschaftlicher Zusammenhalt

Ziel 7: Gesellschaftliche, wirtschaftliche und kulturelle Teilhabe

Ziel 8: Schutz vor Armut

Strategie E1: Soziale Vernetzung und gesellschaftliche Teilhabe fördern

Zustimmung

Strategie E2: Gute sozialräumliche Entwicklung

Antrag GSW mit Zustimmung Regierungsrat: "In der *Ortsplanung* und Quartierentwicklung wird auf integrierende Ansätze bei der Gestaltung der Lebenswelten für die Einwohnerinnen und Einwohner aller Generationen geachtet. Die Entstehung und Bewahrung der nötigen räumlichen Voraussetzungen für sichere persönliche Begegnungen sowohl im Aussenraum als auch in der Form gemeinschaftlich nutzbarer Räume und Flächen im Innenraum wird gefördert."

Zustimmung

Strategie E3: Existenzsicherung und niederschwellige Auffangstrukturen

Antrag GSW mit Zustimmung Regierungsrat: "Der Kanton sichert über kantonale Bedarfsleistungen und die Sozialhilfe der Gemeinden das Existenzminimum aller Menschen im Aargau. Die Unterstützten haben Zugang zu bedarfsgerechter Beratung, Begleitung und können am gesellschaftlichen Leben teilhaben. Regional bestehen niederschwellige, auch aufsuchende Hilfsangebote, für gesellschaftlich stark isolierte Menschen."

Zustimmung

Stossrichtung F: Koordination und Steuerung

Ziel 9: Effiziente Zusammenarbeit und Koordination

Strategie F1: Stärkere Koordination und fachlicher Support für die Gemeinden

Zustimmung

Strategie F2: Regionale Zusammenarbeit

Antrag GSW: "Der Kanton unterstützt *auf Ersuchen der Gemeinden* den Aufbau von Strukturen und Institutionen, die es ermöglichen, sozialpolitische Anliegen und soziale Arbeit in einem regionalen Rahmen zu betreiben. Denn viele wichtige soziale Dienstleistungen können nur in regionaler Kooperation entwickelt, bedarfsgerecht ausgestaltet und effizient erbracht werden. Der Kanton fördert die Zusammenarbeit der Sozialdienste und entwickelt zusammen mit den Gemeinden Empfehlungen für die kommunalen beziehungsweise regionalen Sozialdienste. Er schafft damit Voraussetzungen, um eine Sozialpolitik der Befähigung umzusetzen und den Anteil der Personen, die auf staatliche Unterstützungsleistungen angewiesen sind, längerfristig zu senken."

Der Regierungsrat hält an seiner Fassung fest.

Strategie F2; Eventualabstimmung

Fassung Regierungsrat 37 Stimmen

Fassung Kommission GSW 88 Stimmen

Die Fassung der Kommission GSW hat somit in eventueller Abstimmung obsiegt.

Strategie F2: Hauptabstimmung

Antrag Clemens Hochreuter, Aarau: Streichung der Strategie F2

Der Streichungsantrag wird in der Abstimmung mit 82 gegen 44 Stimmen abgelehnt. Somit gilt die Fassung GSW.

Stossrichtung G: Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit sozialpolitischer Massnahmen

Ziel 10: Hohe Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit

Strategie G1: Grössere Kohärenz und richtige Anreize

Zustimmung

### Strategie G2: Verbesserte Entscheidungsgrundlagen

Antrag GSW mit Zustimmung Regierungsrat: "Der Kanton Aargau erhöht die Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit seiner Sozialpolitik, indem er sie an gut abgesicherten Erkenntnissen über die soziale Situation und die Bedürfnisse der Bevölkerung wie auch über die Wirksamkeit sozialpolitischer Massnahmen ausrichtet. Die zuständigen Fachstellen *verfolgen* den relevanten Forschungsstand, nehmen die Erfahrungen anderer Kantone oder Gemeinden auf und speisen die Ergebnisse in die Entscheidungsprozesse der kantonalen Politik und Verwaltung ein. Sozialpolitische Massnahmen werden im Vollzug auf ihre Nachhaltigkeit geprüft (Verhältnis von Kosten und langfristigem Nutzen). Ein kontinuierliches Monitoring gibt Aufschluss über die Entwicklung der sozialen Lage der Bevölkerung."

Zustimmung

### Strategie G3: Missbrauch bekämpfen

Antrag GSW mit Zustimmung Regierungsrat: "Kanton und Gemeinden bekämpfen konsequent den Missbrauch beim Bezug von Sozialleistungen. Gleichzeitig setzen sie sich dafür ein, dass die tatsächlich Anspruchsberechtigten rechtsgleichen Zugang zu den Leistungen haben, die ihnen zustehen."

Zustimmung

### Antrag 1 (gemäss Botschaft)

Der Grossratspräsident schlägt folgende formelle Anpassung vor: "Der Entwurf für eine Sozialplanung des Kantons Aargau mit *der übergeordneten Zielsetzung*, den Zielen 1–10 und den Strategien A1–G3 wird – wie aus den Beratungen hervorgegangen – zum Beschluss erhoben."

Dem angepassten Antrag 1 wird in der Abstimmung mit 76 gegen 48 Stimmen zugestimmt.

### Antrag 2

Antrag 2 gemäss Botschaft (1. Teil)

Es werden die folgenden parlamentarischen Vorstösse als erledigt von der Kontrolle abgeschrieben:

(10.149) Auftrag Nicole Meier, CVP, Baden (Sprecherin), Roland Agustoni, GLP, Magden, Elisabeth Burgener, SP, Gipf-Oberfrick, Renate Gautschi, FDP, Gontenschwil, Monika Küng, Grüne, Wohlen, Hansruedi Mettler, EVP, Dürrenäsch, Samuel Schmid, EDU, Biberstein, vom 4. Mai 2010 betreffend Überprüfung des Ausmasses und der Entwicklung der Armut im Kanton Aargau und der daraus resultierenden Umsetzung nötiger Massnahmen

...

Dem Antrag wird in der Abstimmung mit 124 gegen 0 Stimmen zugestimmt. Der Vorstoss ist abgeschrieben.

Antrag 2 gemäss Botschaft (2. Teil)

Es werden die folgenden parlamentarischen Vorstösse als erledigt von der Kontrolle abgeschrieben:

...

(11.113) Motion Gertrud Häseli, Grüne, Wittnau (Sprecherin), Kurt Emmenegger, SP, Baden, Fredy Böni, SVP, Möhlin, und Martin Steinacher-Eckert, CVP, Gansingen, vom 22. März 2011, betreffend Beschäftigungsprogramme für ausgesteuerte Arbeitslose, Arbeitsentwöhnte und andere aus dem Erwerbsleben ausgeschiedene Personen. Der Grosse Rat wandelte die Motion in ein Postulat um und überwies dieses an den Regierungsrat.

Dem Antrag wird in der Abstimmung mit 101 gegen 21 Stimmen zugestimmt. Der Vorstoss ist abgeschrieben.

## **Beschluss**

1.

Der Entwurf für eine Sozialplanung des Kantons Aargau mit der übergeordneten Zielsetzung, den Zielen 1–10 und den Strategien A1–G3 wird – wie aus den Beratungen hervorgegangen – zum Beschluss erhoben.

2.

Es werden die folgenden parlamentarischen Vorstösse als erledigt von der Kontrolle abgeschrieben:

(10.149) Auftrag Nicole Meier, CVP, Baden (Sprecherin), Roland Agustoni, GLP, Magden, Elisabeth Burgener, SP, Gipf-Oberfrick, Renate Gautschi, FDP, Gontenschwil, Monika Küng, Grüne, Wohlen, Hansruedi Mettler, EVP, Dürrenäsch, Samuel Schmid, EDU, Biberstein, vom 4. Mai 2010 betreffend Überprüfung des Ausmasses und der Entwicklung der Armut im Kanton Aargau und der daraus resultierenden Umsetzung nötiger Massnahmen

(11.113) Motion Gertrud Häseli, Grüne, Wittnau (Sprecherin), Kurt Emmenegger, SP, Baden, Fredy Böni, SVP, Möhlin, und Martin Steinacher-Eckert, CVP, Gansingen, vom 22. März 2011, betreffend Beschäftigungsprogramme für ausgesteuerte Arbeitslose, Arbeitsentwöhnte und andere aus dem Erwerbsleben ausgeschiedene Personen. Der Grosse Rat wandelte die Motion in ein Postulat um und überwies dieses an den Regierungsrat.

Dr. Markus Dieth  
Präsident

Rahel Ommerli  
Ratssekretärin

Verteiler  
Departement Gesundheit und Soziales